

#zukunftaufdemland

Unser Aktionsprogramm: 30 Bausteine für ländliche Räume 2030

Niedersachsen ist das zweitgrößte Flächenland unserer Republik. Und in der Fläche lebt die große Mehrheit unserer Bevölkerung: Rund 5,2 der 7,8 Millionen und damit zwei Drittel der Niedersachsen wohnen in ländlich geprägten Räumen, die sehr unterschiedlich strukturiert sind: Da gibt es dörfliche Regionen aber auch Regionen mit klein- und mittelstädtischen Zentren. Manche sind strukturschwach, andere gehören Wachstumsräumen an. Auch die Ausgangslagen und Entwicklungschancen in den ländlichen Räumen stellen sich damit außerordentlich uneinheitlich dar. Wir erleben Niedersachsen als ein Land mit zwei Gesichtern: Zum einen haben wir sich gut entwickelnde Regionen, die wirtschaftlich und demografisch wachsen. Dort wird der Spielraum für Zukunftsinvestitionen in kommunale Angebote wie Gemeinschaftseinrichtungen, Kinderbetreuung, Bildungsinfrastruktur und -ausstattung, Daseinsvorsorge und vielem mehr, größer. Auf der anderen Seite haben wir Regionen in Niedersachsen, die geprägt sind von landwirtschaftlicher Nutzung, die eine gesunde Wohnqualität bieten, in denen Kinder fernab von Straßenlärm und Hektik aufwachsen können und in denen der Erholungsfaktor gleich um die Ecke liegt.

Entscheidend bleibt: Wer gerechte, sozial und ökonomisch ausgewogene Landespolitik gestalten will, muss ein politisches Angebot für die gesamte Bevölkerung machen – ein Angebot, das auf die Interessen der Menschen in allen Regionen des Landes eingeht. Politik für ländliche Räume ist handfeste und passgenaue regionale Strukturpolitik, die die unterschiedlichen Anforderungen der Regionen des Landes berücksichtigt und dabei auch die Funktionen der kleinen und mittleren Zentren mit einbezieht. Danach richten wir uns, seit wir als SPD die Landesregierung in Niedersachsen führen dürfen. Deshalb hatten wir 2015 unser Aktionsprogramm „LandLebensWert!“ vorgelegt. Genau diesen Weg wollen wir jetzt mit Blick auf 2030 weiterentwickeln.

Stadt und Land sind immer schon voneinander abhängig, und das nicht nur durch ländliche Regionen als ökologischer Ausgleichsraum für dicht besiedelte Städte und Metropolen. Stadt und Land dürfen in der Förderarchitektur nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Förderung beider Räume muss aufeinander abgestimmt sein und gemeinsame Interessen und übergreifende Ansprüche berücksichtigen. Ziel jeder finanziellen Förderung ist dabei immer die Beseitigung von Engpässen und Stärkung von Stärken. Wir wollen gezielt Impulse setzen, die Veränderungen auf den Weg bringen. Unsere Aufgabe ist es, wesentliche Angebote bei Schulausstattung, -neubau und -sanierung, Kindergärten und Krippen, Einkaufsmöglichkeiten, Personennahverkehr, Freizeit- und Kultureinrichtungen auszubauen, zu stärken und zu fördern. Förderung bedingt dabei eine differenzierte Betrachtung. Stadt ist nicht gleich Stadt. Land ist nicht gleich Land. Unser politischer Anspruch ist es, Ungleichheiten zu korrigieren – wir machen Politik für ein geeintes Land. Der Auftrag aus dem Grundgesetz, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, ist dabei unsere Leidenschaft und Verpflichtung. Dabei wollen wir die ländlichen Räume gerade für junge Menschen und Familien attraktiver machen. Die COVID-19-Pandemie hat vielen Menschen gezeigt, welche Vorteile es hat in ländlichen Gebieten zu wohnen, wo buchstäblich mehr Raum für die Einzelnen zur Verfügung steht als in der Stadt. Herausforderungen gibt es vielerorts noch in Sachen Digitalisierung. Es bleibt viel zu

tun für die ländlichen Räume – auch und gerade in Krisenzeiten angesichts des Klimawandels und der Folgen von Putins völkerrechtswidrigem Angriffskrieg auf die Ukraine.

Uns geht es um Fortschritt, der alle mitnimmt. Als Volkspartei gestaltet die SPD Politik für ganz Niedersachsen. Wir sorgen dafür, dass Stadt und Land Hand in Hand zusammenarbeiten. Nur gemeinsam werden wir Niedersachsen weiter voranbringen in den vor uns liegenden Jahren bis 2030, die nicht nur im Hinblick auf den Klimawandel von ganz entscheidender Bedeutung sein werden. Wir packen an, um #ZukunftaufdemLand zu ermöglichen – zahlreiche Bausteine und Ideen finden sich in diesem Aktionsprogramm. Wir freuen uns über diejenigen, die mit uns #ZukunftaufdemLand gemeinsam gestalten!

1. In Regionen denken: Wir entwickeln Lebensräume entlang der Bedürfnisse der Menschen

Wer Regionen verstehen will, muss berücksichtigen, auf welchen Achsen und in welchen Räumen Menschen mobil sind. Dort, wo Menschen unterwegs sind, wo sie entlang pendeln, müssen attraktive Angebote entstehen. Das zeigt sich beim Thema Einkaufen: Zahlreiche Veränderungen haben den Einzelhandel in den ländlichen Räumen über die letzten Jahrzehnte stark geprägt. Entscheidend ist die Vielfalt: Vom Bringdienst vor Ort, der Bestellung im Internet, Wochenmärkte, fahrende Händler*innen, Gründung von „Dorfläden“, Nachbarschaftshilfen – es gibt mehr Möglichkeiten denn je. Das klassische Verständnis der Raumordnungspolitik ausschließlich über zentrale Orte ist heute nicht mehr zeitgemäß und bedarf der Ergänzung. Wir wollen deshalb eine Raumordnungspolitik, die sich auch daran orientiert, wo die Menschen tatsächlich unterwegs sind. Das bedeutet, dass wir eine regional spezifizierte Entwicklung von Ortschaften in ihrer jeweiligen Region organisieren indem wir lokale Schwerpunkte fördern. Deshalb wollen wir insbesondere das Konzept der Nahversorgungsschwerpunkte neben den klassischen Grundzentren stärken.

2. Gemeinschaft beginnt mit Begegnung: Wir schaffen Treffpunkte und regionale Wertschöpfung

Elementar für das Leben in den ländlichen Räumen sind Orte der Begegnung – Räume und Plätze, an denen Menschen zusammenkommen. Dies können klassisch Dorfgemeinschaftshäuser und vergleichbare Veranstaltungs- und Begegnungsräume sein, aber auch Kulturbühnen und soziokulturelle Treffpunkte. Ein wesentlicher Lösungsansatz ist dabei, vieles unter einem Dach zu versammeln. Dorf- oder Stadtteilläden, Ehrenamtszentren oder gar (Handi-)CAP-Läden, in denen Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam arbeiten als Teil der konkreten Inklusion – alle diese Modelle sind zukunftsweisend und verdienen Unterstützung, auch durch Förderung. Unser Ziel ist es, flächendeckend in unseren Dörfern in Niedersachsen Begegnungsorte weiterzuentwickeln und dabei auch gemeinsame Dorfregionen zu stärken.

Das ist gleichzeitig eine Chance für bäuerliche Betriebe: Regionale Verkaufsketten fördern regionale Wertschöpfung und sichern Vertrauen und Transparenz bei den Verbraucher*innen. Entsprechende Vermarktungsmodelle wollen wir stärker als bisher fördern, so z.B. durch gemeinschaftliche bzw. genossenschaftliche Einzelhandelsformen wie Dorf- und Hofläden. Ebenso geht es uns darum, gesunde Ernährung zu fördern. Wichtiger Faktor dabei ist vor allem die Förderkulisse: Es muss

darum gehen, regionale Produktions- und Vermarktungsketten zu unterstützen sowie Landwirtschaft und Tourismus stärker zu vernetzen.

3. Gleiche Bildungschancen fangen im Wohnort an: Wir beteiligen Betroffene und machen Bildungsangebote erreichbar

Wenn junge Familien in den ländlichen Raum ziehen, ist das Bildungsangebot ein entscheidender Grund für die Wahl des Wohnortes. Im Mittelpunkt unserer Anstrengung steht ein Versprechen: Gleiche Bildungschancen für alle Kinder. Deshalb kommt es gerade in den ländlichen Räumen darauf an, dafür zu sorgen, dass der Zugang zu Bildungsangeboten nicht vom Einkommen der Eltern, vor allem aber eben auch nicht vom Wohnort abhängt. Unser Ziel muss es sein, flächendeckend Bildungseinrichtungen qualitativ auszubauen und für alle erreichbar zu machen. Dies betrifft den frühkindlichen Bereich bei Krippen und Kindergärten, Grundschulen, aber auch weiterführende allgemein- und berufsbildende Schulen.

Damit die Menschen, Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern, zufrieden sein und gute Arbeit leisten können, muss das Angebot an Schulen und Formen der Kindertagesbetreuung den Bedürfnissen der Menschen entsprechen. Das gilt auch für die Umsetzung des Rechts auf Ganztags an den Grundschulen, die wir vor Ort bis 2026 Hand in Hand mit Bund und Land erreichen wollen. Die Menschen vor Ort müssen an ihrer Entwicklung beteiligt werden, dann ist die Akzeptanz des regionalen schulischen Angebotes am größten. Es müssen genügend Kita- und Krippenplätze im Dorf vorhanden sein. Dies legt die Wurzeln und festigt die Bindung der Kinder und ihrer Familie an den Heimatort. Wir befürworten ein wohnortnahes Angebot an Grundschulen. Auch eine einzügige Grundschule, die z.B. jahrgangsübergreifend arbeitet, kann an einem Ort ihre Berechtigung haben. Hingegen könnte für andere Orte eine Zusammenlegung mehrerer Angebote eine Option sein. In der Sekundarstufe I haben auch kleine integrierende Systeme ihre Berechtigung. Soll im ländlichen Raum Niedersachsens das schulische Angebot für die Kinder verbessert werden, müssen Möglichkeiten vorhanden sein, kleine Gesamtschulen zu gründen. Auch eine (Zwei- bis) Dreizügigkeit kann qualitativ gute Angebote gerade für den ländlichen Raum ermöglichen; eine strenge Zehn-Jahres-Prognose der Schulauslastung ist dazu nicht notwendig.

Die Sekundarstufe II kann an Gesamtschulen, Berufsbildenden Schulen (den Beruflichen Gymnasien) oder Gymnasien geführt werden. Jede Gesamtschule arbeitet mit einer Sekundarstufe II zusammen, an der die Schüler*innen unter Erfüllung der Zulassungsvoraussetzung einen garantierten Schulplatz erhalten. Was Berufsbildende Schulen betrifft muss auch in ländlichen Regionen das gute, breite Angebot der Dualen Ausbildung erhalten bleiben. Die Beschulung an den Berufsbildenden Schulen ist dabei selbstverständlicher Bestandteil. Die Berufsbildenden Schulen können als regionale Kompetenzzentren ihre Bildungsangebote konzentrieren. Bei weniger nachgefragten Ausbildungsgängen sollte über eine Konzentration des Unterrichts an der Berufsschule in Form von Blockunterricht nachgedacht werden (ggfs. Internatsunterbringung). Kooperationen mit Hochschulen, zur Unterstützung der Dualen Studiengänge, sind zu verstärken. Berufsbildende Schulen sind mit ihren fachlichen Kompetenzen für die Angebote der Fort- und Weiterbildung prädestiniert. Die schulgesetzlichen Regelungen müssen den Schulen ermöglichen hierfür Angebote vorhalten zu können.

In allen Bereichen des Bildungssystems streben wir multiprofessionelle Teams an: Wenn nicht nur Lehrkräfte sondern auch andere Professionen wie z. B. Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen oder Ergotherapeut*innen einbezogen werden, dann kann den einzelnen Kindern besser mit ihren Besonderheiten begegnet werden. Das gilt für geflüchtete Kinder gleichermaßen wie für „Heimkinder“, für Kinder mit Beeinträchtigung und/oder hochbegabte Kinder. Wir ermutigen Schulen im ländlichen Raum, sich zu „Zukunftsschulen“ weiterzuentwickeln, indem neue Lehr- und Lernmethoden ausprobiert und auf besondere Schwerpunkte gesetzt wird. Ziel ist eine Lernkultur, die auf den vier Bildungs-Säulen der UNESCO aufbaut: Lernen, Wissen zu erwerben, Lernen zusammenzuleben, Lernen zu handeln und Lernen zu sein.

4. Wir bringen Bildungseinrichtungen zusammen

Angesichts des demografischen Wandels und begrenzter Ressourcen denken wir die Bildungseinrichtungen gemeinsam. Deshalb unterstützen wir die Schaffung von Bildungshäusern, in denen Krippe und KiTa sowie ein inklusives schulisches Angebot unter einem Dach entwickelt werden. Solche Bildungshäuser können ein guter Weg sein, Schulzentren in den Kernorten der Gemeinden zu stärken. Damit kann auch der ländliche Raum mit einem qualitativ sehr guten Bildungsangebot den Schüler*innen beste Voraussetzungen für ihre Bildungsbiografien geben. Weitere Möglichkeiten für die Entwicklung von Bildungshäusern liegen auf der Hand: Dazu gehören auch Nutzungsmöglichkeiten für Kulturschaffende und die Einrichtung von öffentlich und inklusiv zugänglichen Bibliotheken. Ebenso gehört frei verfügbares WLAN mit einem leistungsfähigen Internetzugang für die Besucher*innen dazu.

5. Zukunft in Arbeit: Wir verbessern die Rahmenbedingungen für die Arbeit auf dem Land

Wir wollen zukunftsfähige Arbeitsplätze im ländlichen Raum neu schaffen und bestehende Arbeitsplätze erhalten. Aufs Land zu ziehen oder wohnen zu bleiben zieht in den meisten Fällen die Konsequenz mit sich, zur Pendler*in zu werden. Kurze Arbeitswege sind in der Stadt meist normal, im ländlichen Raum jedoch ein Privileg. Um also das Wohnen in ländlichen Gegenden attraktiver zu gestalten, wollen wir bessere Rahmenbedingungen für den Aufbau und Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum schaffen.

Für eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Regionen kommt es gerade darauf an, regionale Wertschöpfungsketten strategisch zu planen und durch entsprechende Förderprogramme zu unterstützen. Dabei ist die Begleitung und Vernetzung von Existenzgründer*innen besonders wichtig. Weltweit haben sich dabei „Coworking Spaces“ (Gemeinschaftsbüros und -werkstätten) etabliert – ein Modell, das wir gerade für Klein- und Mittelstädte weiter unterstützen wollen. Die Möglichkeit, neue und kreative Formen der Arbeit auszutesten oder innovativ zu arbeiten, soll überall gegeben sein und gerade im ländlichen Raum Zukunftsperspektiven bieten. Auch durch die Förderung von Netzwerken regionaler Betriebe mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen wollen wir Innovationen in den ländlichen Räumen voranbringen. Denn gerade in ländlichen Räumen sind vielerorts kleine und mittlere Unternehmen als „Hidden Champions“ positioniert, die nicht nur regional, sondern sogar international tätig sind. Diese Unternehmen können vielfach ein Dreh- und Angelpunkt für weitere Entwicklung sein. Dabei machen wir uns für den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stark, indem wir auch ländliche Räume in der Wissenschaftspolitik einbeziehen. Gerade die Entwicklung von Fachhochschulen kann zu einem Innovationstransfer zwischen Wissenschaft und

Wirtschaft im ländlichen Raum beitragen, hier fördern wir entsprechende Netzwerke zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und regionaler Wirtschaft. Außerdem wollen wir den Wissens- und Technologietransfer in ländlichen Räumen, insbesondere auch im Rahmen der Digitalisierung, besonders unterstützen und dazu flächendeckend Zugänge auch für kleine und mittlere Unternehmen in ländlichen Räumen entwickeln. Dabei setzen wir auf Netzwerke der interkommunalen Zusammenarbeit wie beispielsweise die ARTIE (Regionales Netzwerk für Technologie, Innovation und Entwicklung) im Bereich der Landkreise Celle, Cuxhaven, Osterholz, Rotenburg, Heidekreis, Uelzen, Lüchow-Dannenberg, Stade, Harburg, Verden.

6. Auf dem Land am Start: Wir schaffen ein Programm für Ausbildung

Bei jungen Menschen ist oft ein starker Drang zum Wegzug zu erkennen, da sie im ländlichen Raum keine Zukunftsperspektiven sehen. Hinzu kommt der Rückgang der Zahl der Schulabgänger*innen. Er stellt besonders im ländlichen Raum kleine und mittlere Betriebe vor das Problem, freie Ausbildungsstellen geeignet zu besetzen. Wir wollen alles dafür tun, um Ausbildungsplätze auch im ländlichen Raum zu halten. Nur so schaffen wir es, dass die gut ausgebildeten jungen Menschen in der Region als Fachkräfte arbeiten und leben können. Nicht jeder Betrieb vor Ort kann alle Ausbildungsinhalte vorhalten. Für diese Betriebe müssen Lehrgänge in Einrichtungen der überbetrieblichen Berufsausbildung ausgebaut werden. Außerdem sollen die oft kleineren ländlichen Betriebe durch Unterstützungsangebote (z. B. durch Ausbildungsverbünde oder im Rahmen der Fachkräfteinitiative) dazu motiviert werden, Ausbildungsplätze zu schaffen, beispielsweise durch Entlastungen der Betriebe durch überbetriebliche Berufsausbildungen. Dies ist gleichzeitig ein wichtiger Schritt dahin, wichtige Versorgungs- und Dienstleistungen auch in Zukunft überall sicherstellen zu können. Wir unterstützen die Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie, die allen jungen Menschen eine Ausbildung im gewünschten Bereich garantiert. Betriebe, die sich weigern auszubilden, sollen in Form einer Umlage andere Ausbildungsplätze finanzieren. Betriebe, die keine Auszubildenden finden und daher keine Ausbildungsplätze vergeben können, sind von der Umlage ausgenommen.

7. Die wichtigste Infrastruktur unserer Zeit: Wir schaffen das schnelle Netz für alle

Schnelles Internet – das ist für uns die wichtigste Infrastruktur unserer Zeit. Sie trägt zum Klimaschutz bei, weil so das Pendler*innenaufkommen durch digitale Arbeit reduziert werden kann. Autos bleiben auf dem Hof stehen und werden deutlich seltener genutzt, um zur Arbeit zu gelangen. Dadurch könnten viele Abgase eingespart werden. Vom Ausbau des Glasfasernetzes würden nicht nur die Arbeitenden profitieren, stattdessen würde sich für jede Person im ländlichen Raum, die das Internet nutzt oder nutzen möchte, die Lebenssituation verbessern. Durch einen flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes würden viele pendelnde Arbeitnehmer*innen entlastet werden, da diese nun auch zu Hause die notwendigen Ressourcen zum Arbeiten hätten. Wir setzen uns für ein Recht auf Arbeit im Homeoffice bei Bürojobs ein.

In Niedersachsen werden wir gerade in ländlichen Räumen noch die letzten „weißen“ und „grauen Flecken“ mit schnellen Glasfaser-Verbindungen abdecken. Das ist wichtig, weil gerade in ländlichen Regionen die entscheidende Wirtschaftlichkeitslücke besteht – Investitionen in den Netzausbau rentieren sich hier nur mit staatlicher Unterstützung. Der Breitbandausbau ist für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge im Sinne der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Um dies zu ermöglichen,

unterstützen wir die Landkreise bei der Umsetzung kreisweiter Ausbauprogramme. Dabei ist uns wichtig: Wir wollen nachhaltige Investitionen wie beispielsweise in Glasfaseranschlüsse unmittelbar bis in die Häuser (FTTH- bzw. FTTB-Netze), da künftig wesentlich höhere Bandbreiten benötigt werden. Wir setzen uns dafür ein, auch für den Telekommunikationssektor eine kommunale Zuständigkeit mit einem Konzessionsrecht zu schaffen. Denn für uns ist klar: Es darf im ländlichen Raum keine weißen und grauen Flecken mehr geben! Bislang gehört es zur Lebensrealität vieler Arbeitnehmenden, dass sie für eine Online-Konferenz nach wie vor ins Büro pendeln müssen, da die Internetverbindung zu Hause nicht stabil genug ist. Solche Situationen können durch die oben genannten Maßnahmen verhindert werden. Schüler*innen und Student*innen müssen häufig Recherche betreiben. Auch Homeschooling und die Teilnahme an Online-Seminaren, Online-Förderangeboten und Online-Weiterbildungsangeboten hat in den vergangenen zwei Jahren an Bedeutung gewonnen. Es ist davon auszugehen, dass diese Angebote bestehen bleiben - auch nach einem eventuellen Ende der Pandemie. Eine stabile Internetverbindung ist die Voraussetzung dafür, all diese Angebote wahrnehmen zu können. Auch die Vernetzung mit Mitschüler*innen, anderen Studierenden oder Freund*innen findet immer häufiger in der digitalen Welt statt. Das Innovationspotential ländlicher Kommunen kann durch den Ausbau des Glasfasernetzes ebenfalls gesteigert werden. Start-Ups und Unternehmen, die für ihre Arbeit vor allem oder ausschließlich ein ausgebautes Glasfasernetz benötigen, können sich dann leichter auch im ländlichen Raum ansiedeln.

8. Der Weg ist das Ziel: Wir bauen den Sanierungsstau bei Straßen und Radwegen ab

Mobilität ist essentiell für ein gutes Leben. Wenn wir nicht mobil sind, ist es uns nicht möglich zur Schule, zur Ausbildungsstätte, zur Universität zur Arbeit oder in den Urlaub zu fahren. Für uns ist Mobilität eine Gerechtigkeitsfrage. Mobilität muss für alle Menschen verfügbar sein, unabhängig vom Wohnort. Mobilität muss für alle Menschen bezahlbar sein, unabhängig vom Einkommen und Mobilität muss ökologisch vereinbar sein, unabhängig von den Profitinteressen Einzelner. Damit Mobilität überhaupt möglich ist und bleibt, brauchen wir eine solide Infrastruktur. Deshalb wollen wir unser Investitionsprogramm für den Erhalt und Ausbau bei den niedersächsischen Landesstraßen fortsetzen und den kommunalen Straßenbau weiter durch finanzielle Zuschüsse unterstützen. Wir wissen: Weil der bestehende Sanierungsstau aufgelöst werden soll, sind weitere Mittelerhöhungen dafür unverzichtbar. Gerade im Bereich der Radwegesanierungen wollen wir unsere Anstrengungen noch weiter verstärken. Die Radwege in Niedersachsen sollen bestens angebunden sein und so auch das Zurücklegen weiter Strecken mit dem Rad ermöglichen. Ebenfalls wollen wir die Infrastruktur für das sichere Abstellen von Fahrrädern (Fahrradboxen) und Lastenräder zum Transport größerer Gegenstände fördern.

9. Zug um Zug: Wir stärken die Schieneninfrastruktur

Ebenso wollen wir das Programm zur Reaktivierung von Bahnstrecken in Niedersachsen ausweiten – hier ist eine erneute Runde erforderlich, bei der weitere Strecken eine neue Chance erhalten. Dazu wollen wir auch Möglichkeiten zur Unterstützung für die Verkehrsbedienung und Instandhaltung heute noch befahrener Strecken (z.B. im Rahmen kommunal getragener regelmäßiger touristisch ausgerichteter Verkehre) prüfen, deren vollständige Reaktivierung derzeit noch nicht möglich erscheint. Zusätzlich unterstützen wir gezielt die Wiedereröffnung und Neueinrichtung von Bahnhaltepunkten in ländlichen Räumen. Wir setzen uns dafür ein,

dass der Bund Länder und Kommunen unterstützt, wenn der Deutschlandtakt Anpassungen im Nahverkehr erforderlich machen sollte. Eine Entwidmung von bestehenden, aber nicht mehr für den ÖPNV genutzten Schienenstrecken, sollte verhindert werden. Wir stehen hinter dem Ausbau von Bestandsstrecken, der im erfolgreichen Dialogforum Schiene Nord als Variante „Alpha E“ vereinbart wurde, um u. a. die Hafenhinterland-Anbindung zu stärken. Unsere Maßgabe ist dabei die Belastung für Mensch und Natur so gering wie möglich zu halten. Der Ausbau bestehender Strecken geht für uns vor Neubau. Ein wirksamer Lärmschutz muss Teil einer Lösung für die Hafenhinterland-Anbindung sein. In Bezug auf die Schutzansprüche der Menschen und die Finanzierung der Anpassung von Bahnübergängen sowie andere Folgekosten für die Kommunen entlang der Ausbaustrecken muss der Ausbau wie ein Neubau behandelt werden. Unser Ziel bleibt es den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern, um die Straßen zu entlasten und den Schadstoffausstoß zu verringern. Wir wollen Strecken elektrifizieren und wo möglich die Schiene an die örtlichen Industriegebiete koppeln. Davon können auch ländliche Räume profitieren, indem sie attraktive Industriegebiete schaffen, die wiederum für mehr Zuzug und Arbeitsplätze sorgen. Um all das in ein bestmögliches und schlüssiges Verkehrskonzept zu gießen, dürfen die Kommunen nicht alleine gelassen werden. Finanzielle Unterstützung ist unabdingbar, aber auch bei der Planung der Mobilitätskonzepte in Verbindung mit anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsversorgung braucht es Unterstützungsangebote durch den Bund. Nur gemeinsam kann die gewaltige Aufgabe der Mobilitätswende gelingen und nur mit einer guten Mobilität können ländliche Räume attraktiver Arbeits- und Lebens- und Wohnraum bleiben. Dafür setzen wir uns als SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen ein!

10. Wir stärken das ÖPNV-Angebot für mehr Klimaschutz

Leider ist die Mehrheit der Menschen noch auf den Auto-basierten Individualverkehr angewiesen. Aktuell stammen ca. 25 Prozent des weltweit emittierten Co2 aus dem Transportsektor. Knapp 19 Prozent sind alleine dem Straßenverkehr zuzurechnen. Daher wollen wir die Bedingungen für den ÖPNV so attraktiv wie möglich gestalten, um mehr Menschen dazu zu bringen diesen zu nutzen. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss stärker als Vernetzungsinstrument zwischen Oberzentren und ländlichen Räumen ausgestaltet werden, damit beide voneinander profitieren statt zu konkurrieren. Wir wollen die Verknüpfung zwischen den Verkehrsverbänden gezielt verbessern, um angrenzende ländliche Räume besser anbinden zu können. Es muss auch ermöglicht werden, dass Landkreise, die im Einzugsbereich von mehreren Verkehrsverbänden liegen, ihre Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV so aufteilen können, dass sie sich mit Teilbereichen unterschiedlichen Verbänden anschließen können, um eine optimale regionsübergreifende Ausgestaltung des Nahverkehrs zu ermöglichen, ohne dass sie die Aufgabenträgerschaft für das verbleibende Restgebiet abgeben müssen oder finanziell überfordert werden.

Wir wollen mit schlüssigen Verkehrskonzepten, die je nach Bedarfslage vor Ort sowohl auf enger getaktete Busverbindungen auf den Hauptstrecken als auch auf eine gute Anbindung der Fläche durch flexible Bedarfsverkehre setzen, Menschen dazu motivieren, das Auto stehen zu lassen und den Bus zu nutzen. Dafür ist es ebenfalls notwendig, dass Haltestellen barrierefrei ausgebaut und existierende bei Bedarf saniert werden. Wir wollen, dass die Busse in Zukunft vollumfänglich elektrisch fahren. Deshalb setzen wir uns für eine schrittweise Elektrifizierung der Busse mit einer gut ausgebauten Ladeinfrastruktur ein, ohne dabei den kurzfristig erforderlichen Ausbau

des ÖPNV im ländlichen Raum, in dem die Elektrifizierung nur langfristig möglich sein wird, zu vernachlässigen.

11. Freie Fahrt: Wir schaffen den ÖPNV für alle

Hohe Ticketpreise sind oft ein Hindernis zur Nutzung des ÖPNVs, gerade für junge Menschen und Menschen in prekären Lebensverhältnissen. Daher unterstützen wir die Einführung von vergünstigten regionalen Abo-Tickets für Schüler*innen, Azubis und Freiwilligendienstleistende wie 365 Euro Tickets für ein Jahr. Langfristig wollen wir allerdings die Einführung eines solidarisch von allen Einwohnerinnen und Einwohnern beitragsfinanzierten, ticketlosen ÖPNVs. Dafür müssen Tickets massiv vergünstigt und solidarisch finanziert werden. Dass ein solches Konzept keine Utopie mehr ist, zeigt die Einführung des 9 Euro Tickets für drei Monate.

Für all diese Vorhaben werden enorme Investitionen notwendig sein. Diese sind allerdings aufgrund des fortschreitenden Klimawandels und dem enormen Bedarf dringend notwendig. Daher setzen wir uns für stärkere Investitionen in die Mobilität der Zukunft an sich, aber insbesondere in den ÖPNV ein. Dafür müssen Bund, Land und Kommunen an einem Strang ziehen und die Mobilität als wichtiges politisches Thema priorisieren. Ebenfalls dürfen Regelungen wie die Schuldenbremse uns dabei nicht im Wege stehen. Es bringt nichts, wenn wir nachfolgenden Generationen einen ausgeglichenen Haushalt, aber dafür eine marode Infrastruktur mit kaputtgesparten ländlichen Räumen hinterlassen, die nicht lebenswert sind. Außerdem treten wir einer immer weiteren Privatisierung des öffentlichen Personennahverkehrs entgegen. Die Herausforderungen führen uns vor Augen, dass Mobilität keine privatwirtschaftliche Angelegenheit zur Profitmaximierung darstellt, sondern essentieller Teil der öffentlichen Infrastruktur ist. Deshalb muss das langfristige Ziel sein, dass Mobilität gesellschaftlich organisiert und eine weitere Privatisierung und Aufspaltung des ÖPNV aufgehalten wird.

12. Einer für alle, alle für einen: Wir schaffen bessere Bedingungen für Bürger*innenbusse

Niedersachsen ist Bürger*innenbusland – über 60 solcher Initiativen gibt es bereits in unserem Land. Wir wollen diese gerade für die ländlichen Räume wichtige ehrenamtliche Arbeit weiter unterstützen, vor allem, indem wir die effektive Förderkulisse auf Landesebene fortschreiben, gerade bei den Investitionsmitteln. Künftig wollen wir die Arbeit der Bürger*innenbusse weiter erleichtern. U.a. durch Bürokratieabbau wollen wir den ehrenamtlich tätigen Bürger*innenbus-Aktiven das Engagement erleichtern.

13. Mit dem Fahrrad zum Bus zur Bahn: Wir schaffen multimodale Verkehre

Entscheidend für den ÖPNV ist, dass er abgestimmt wird – auch und gerade mit den Angeboten für den Individualverkehr. Der Wechsel muss fließend möglich sein. Deshalb unterstützen wir alternative Verkehrskonzepte, die es vielerorts in Niedersachsen bereits gibt: Fahrradboxen und andere besonders gesicherte Radabstellanlagen, Carsharing, E-Bikesharing, Mitfahrvermittlungen u.v.m. Auch die Verknüpfung von Elektromobilität, egal ob Rad oder Auto, mit dem ÖPNV bietet neue Möglichkeiten zur Verlängerung der Mobilitätskette. Entsprechende Angebote flächendeckend auch in den ländlichen Räumen zu realisieren, ist unser Ziel. Entscheidend ist dabei deren Koordination – dies geht am besten mit regionalen Mobilitätszentralen, deren Einrichtung wir fördern wollen. Ziel muss es sein, dass Menschen jederzeit den Überblick über alle Mobilitätsangebote haben und darauf einfach zugreifen können, gerade durch innovative Mobilitätsapplikationen für mobile Endgeräte.

14. Aufladen auf dem Land: Wir bringen die Verkehrswende für den Autoverkehr voran

Gerade für den ländlichen Raum sind Autos in naher Zukunft nicht wegzudenken. Um unseren Ansprüchen trotzdem gerecht zu werden, wollen wir die Elektromobilität auch im motorisierten Individualverkehr fördern. Dafür muss die Infrastruktur von Ladesäulen stark ausgebaut werden und innovativ – gern beispielsweise an Autobahnen im direkten Umfeld von Windenergieanlagen – mit dem Strombedarf von zum Beispiel Elektrobussen und Zügen verbunden werden, um den Strom bestmöglich zu nutzen. Durch Prämien können Kaufanreize gesetzt werden, aber gleichzeitig ist uns bewusst, dass sich nicht jede*r den neusten Elektrowagen frisch vom Band leisten kann. Innovative Car-Sharing Angebote oder individualisierte und elektrifizierte Sammel-Transportmöglichkeiten können hier Abhilfe schaffen. Uns ist ebenfalls bewusst, dass wir schnellstmöglichst den Strommix aus 100 Prozent erneuerbaren Energien speisen müssen, damit unser Strom auch wirklich grün ist. Auch die Batterieherstellung wollen wir durch die Förderung von Forschung und das Recyceln alter Batterien fördern. Um schnell Entlastung für die Umwelt zu ermöglichen, setzen wir uns weiterhin für ein Tempolimit auf unseren Straßen ein.

15. Wir nutzen die Energiewende als Chance

Die Energiewende ist Chance und Herausforderung für die ländlichen Räume gleichermaßen. Erdgasförderung mit den damit verbundenen Gefahren für Mensch, Natur und Umwelt, zunehmende Monokulturen durch Biogaserzeugung, fortschreitender Bodenabbau und die Folgen von Infrastrukturmaßnahmen wie z.B. der Bau der SuedLink-Trasse belasten ländliche Räume. Wir müssen Menschen, Natur und Umwelt gleichermaßen schützen. Doch ohne die ländlichen Räume kann die Energiewende nicht gelingen. Sichere, bezahlbare und unabhängige Energieversorgung gibt es nicht ohne den ländlichen Raum. Der Ausbau von Windenergie, Solarenergie und Geothermie kann und muss daher so schnell wie irgend möglich, aber gleichzeitig auch möglichst naturverträglich erfolgen. Dies gilt im gleichen Maße für alle Planungsverfahren im Rahmen der Energiewende, die schnell und möglichst transparent mit der Beteiligung von Bürger*innen erfolgen sollen. Rechtliche Streitigkeiten müssen so zeitnah ausgeräumt werden, dass wir bei der Energiewende nicht zurückfallen.

Gut geplante Windenergieanlagen, die mit Kompensationsmaßnahmen für den Artenschutz einhergehen und eine Wertschöpfung für Kommunen und Bevölkerung

vor Ort sicherstellen, schaffen Akzeptanz. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommunen bei der Planung und Umsetzung unterstützt werden. Kommunen und Bürger*innen dürfen nicht nur die Lasten der Energiewende tragen, sondern müssen auch von ihr profitieren. Darum werden wir uns für eine Stärkung von Bürgerenergie und Energiegenossenschaften, kostengünstigeren Strom für Anwohner*innen sowie verbesserte Möglichkeiten der kommunalen finanziellen Beteiligung einsetzen. Neben dem Ausbau der Windenergie an Land, braucht es auch mehr Kapazitäten bei der Offshore-Energiegewinnung. Der Hafen in Cuxhaven ist dabei Drehscheibe und Nadelöhr zugleich, daher ist für uns die Errichtung weiterer Liegeplätze für Offshorewind in Cuxhaven entscheidend.

Ohne Photovoltaik-Ausbau wird uns die Energiewende nicht gelingen. Solarenergie sollte vor allem auf Dächern, Fassaden und Parkplätzen gewonnen werden. Doch können Solarparks auch einen Beitrag zur Artenvielfalt leisten. Dies kann zum Beispiel mit durchdachten Konzepten auf wenig artenreichen Flächen und ertragsarmen Böden gelingen. Hier können neue Lebensräume auf zuvor intensiv genutzten Flächen entstehen. Auch Agri-Photovoltaik-Projekte, bei denen Äcker durch senkrecht stehende Solarmodule kaum verschattet werden, sehen wir als gute Möglichkeit, den Flächenverbrauch gering zu halten und Wertschöpfung in die ländlichen Räume zu holen.

Die Erzeugung von Biogas muss mit den Zielen von Natur-, Boden und Gewässerschutz vereinbar sein. Wir setzen hierbei vor allem auf die Energiegewinnung aus Reststoffen. In der Zukunft wird aber vor allem Wasserstoff als Energieträger eine große Rolle spielen. Nord-Niedersachsen ist Vorreiter für grünen Wasserstoff – vielerorts wird schon heute Wasserstoff produziert und genutzt. Wasserstoffzüge verbinden Gemeinden in unserer Region. In einer Übergangszeit sind wir auch auf die Importe von Flüssiggas angewiesen. Hierfür wollen wir schnellstmöglich die nötige Infrastruktur schaffen, d.h. Terminals für den Umschlag, wie auch die notwendige Landanbindung für den Weitertransport. Wir unterstützen daher den Bau des LNG-Terminals in Stade, das nicht nur konzeptionell schon auf die Umstellung auf den Wasserstoffumschlag vorbereitet ist, sondern durch die Anbindung des Industrieparks Stade ein Zero-Emission-Terminal wird. So stärken wir den Industriestandort Nord-Niedersachsen und werden Modellregion der Energiewende in Deutschland.

Die Energiewende wird nicht gelingen ohne den ländlichen Raum und die Energiewende wird nicht gelingen ohne Nord-Niedersachsen. Wir wollen die Standortfaktoren unserer Region nutzen, zum Vorteil der Menschen, die hier leben. Denn erneuerbare Energien sind Standortfaktor. Industrie und Arbeitsplätze werden künftig dort sein, wo erneuerbare, zuverlässige und bezahlbare Energie ist. Das ist vorrausschauende Standortpolitik für die Menschen. Gleichzeitig stellen wir so sicher, dass Strom und Wärme allen Menschen zur Verfügung stehen, unabhängig vom Einkommen. So wird für die Menschen und Betriebe in Nord-Niedersachsen aus der Herausforderung eine Chance. Diese wollen wir gemeinsam nutzen.

16. Wir unterstützen die Landwirtschaft, nachhaltiger und zukunftsfähiger zu wirtschaften

Bis heute prägen landwirtschaftliche Betriebe die ländlichen Räume Niedersachsens. Diese starke Stellung von Niedersachsen als Agrarland wollen wir sichern, nachhaltig ausbauen und zum Profit für unsere Regionen machen. Dabei gehen die

Anforderungen und Erwartungen an die Landwirtschaft inzwischen weit über die Produktion von Lebensmitteln hinaus. Der Schutz der Umwelt ist zentral nicht nur für die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft selbst, sondern muss unser gesamtgesellschaftliches Ziel sein. Diese Aufgabe muss Kern einer zukunftsfähigen Agrarpolitik sein. Dabei liegt unser Fokus auf den 40.000 landwirtschaftlichen Familienbetrieben. So wollen wir bei einer generationen- und umweltverträglichen Produktion unterstützen, die gleichzeitig einen fairen Lohn für gute Arbeit bringen muss. Dabei setzen wir auf den Niedersächsischen Weg, bei dem Landwirtschaft und Naturschutz miteinander im Dialog bleiben.

Boden, Wasser und Biodiversität sind unsere natürliche Lebensgrundlage und natürliche Grundlage der Landwirtschaft gleichermaßen. Klimaschutz in der Landwirtschaft, der Beitrag der Landwirtschaft zum Erhalt der Biodiversität und effektiver Gewässerschutz sind also die zentralen Herausforderungen der Landwirtschaft. Dies muss sich künftig in der Förderkulisse der Agrarpolitik niederschlagen. Die EU-Agrarförderung wollen wir darum umbauen, so dass die wichtigen gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft für Natur-, Tier- und Klimaschutz, sowie Landschaftspflege neben der Lebensmittelproduktion in den Mittelpunkt der Förderpolitik gesetzt werden. Gleichzeitig muss diese die Folgen der Weltmarktentwicklung für bäuerliche Familienbetriebe abfangen und den Verdrängungsprozess durch eine zunehmend industrielle Produktion mit ihren negativen Folgen für Klima, Umwelt, Gewässerqualität, Artenvielfalt, Tierwohl und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Landwirtschaft und den nachgelagerten Betrieben beenden. Wir setzen dabei auf den Schutz von regionalen Produktions- und Vermarktungsketten, sowie auf eine zunehmende Vernetzung von Landwirtschaft und Tourismus in einem ländlichen Raum als Lebensraum für Menschen, Flora und Fauna.

17. Wir bauen das touristisches Potenzial unserer Heide-, Moor-, Kulturlandschaften und Küsten aus

Der ländliche Raum verfügt über eine wichtige Naherholungsfunktion für den urbanen Raum. Das norddeutsche Wattenmeer, die Lüneburger Heide, das Teufelsmoor und Marsch, Auen und die Geestlandschaften entlang unserer Flüsse Weser, Elbe, Aller, Wümme und Oste verfügen über ein hohes Potential an Naturtourismus. Deshalb möchten wir Möglichkeiten zur Förderung im Rahmen des Handlungsfeldes Tourismus und Naherholung der PFEIL-Förderung (Programm zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum) ausbauen. Für die touristische Nachnutzung von Hofstellen, Tiny Houses oder die Förderung von regionalen Marken sollen neue Förderkonzepte entstehen. Unsere Nationalparks sollen weiterhin gestärkt werden und erlebbarer im Einklang mit der Natur gemacht werden. Wir wollen unsere touristischen Leuchttürme stärken und Kommunen, die durch die Bewirtschaftung sanierungsintensiver historischer Bauten hohe Kosten tragen müssen, finanziell besser entlasten. Wir möchten Naturparks ähnlich wie den Niedersächsischen Weg gemeinsam mit lokalen Akteuren vorantreiben. Das kann die Akzeptanz stärken, die es braucht für die Umnutzung und Weiterentwicklung ländlicher Räume. Zugleich fördern sie regionale Wertschöpfung durch einen sanften Tourismus und die Förderung von Regionalmarketing.

Unsere Wassersportgebiete leiden vor allem durch Vertiefungsmaßnahmen unsere Ströme Elbe und Weser. Wir positionieren uns gegen weiterführende Vertiefungsmaßnahmen und fordern die konsequente Umsetzung der Passierverbote von Schiffen, die länger sind, als es die Flussbreite erlaubt, die Schlickverklappung zu

beenden, das Zuschütten von Seitenarmen der Flüsse zu verbieten, die Unterstützung von vielfältigen Unternehmensarten, die sich in den Hinterlandhäfen ansiedeln wollen und für betriebliche Mitbestimmung sowie ökologisch nachhaltige Wirtschaft stehen, Projekte zur Renaturierung der Flüsse und des Wattenmeers zu unterstützen, die maximale Potentialausschöpfung des Jade-Weser-Ports, mehr staatliche Unterstützung für die Entwicklung nachhaltiger Technologien und eine nationale Hafenstrategie zur Vernetzung der Häfen in Nord- und Ostsee.

18. Bestens medizinisch versorgt: Wir schaffen Gesundheitsregionen

Sowohl die Versorgung durch niedergelassene Ärzt*innen als auch die Versorgung über die Krankenhäuser stehen vor einem gravierenden Umbruch. Es ist oft nach wie vor schwierig, Nachfolger*innen für Arztpraxen zu finden. Dies betrifft besonders die hausärztliche Versorgung. Während sich auf der einen Seite die Nachfolgeregelungen für niedergelassene Ärzt*innen im ländlichen Raum als Problem erweisen, stehen die Krankenhäuser außerdem vor der Herausforderung, sich durch Spezialisierungen mit überregionaler Reichweite fortzuentwickeln. Um die flächendeckende Gesundheitsversorgung zu verbessern, ist es nötig, dass Krankenhäuser, niedergelassene Ärzt*innen und Pflege noch besser als zuvor zusammenarbeiten und ihre Angebote aufeinander abstimmen. Dafür schaffen wir in den ländlichen Räumen eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur mit einer sie umgebenden haus- und fachärztlichen Versorgung.

Das von uns geförderte Konzept der flächendeckenden Einrichtung von Gesundheitsregionen, in denen alle Akteur*innen des regionalen Gesundheitswesens zusammenkommen und die Versorgung miteinander abstimmen, unterstützt gezielt die Verzahnung dieser Versorgungsbereiche. Mögliche Lösungen für eine bessere Zusammenarbeit bestehen in der Zusammenführung von ärztlichen Leistungen in Medizinischen Versorgungszentren direkt an oder in Kooperation mit Krankenhausstandorten und der Unterstützung von Praxisgemeinschaften.

Auf Landesebene haben wir die Landärzt*innenquote und zusätzliche Medizinstudienplätze durchgesetzt. Dem drohenden Ärzt*innenmangel können ländliche Räume durch die strukturierte Anwerbung und Vernetzung von Haus- und Fachärzt*innen begegnen. Neben günstigen Praxisräumen und Hilfe bei der Wohnungssuche spielen hier auch ein Arbeitsplatz für Partner*in und Betreuungsangebote für die Kinder eine Rolle.

In ländlichen Räumen stellt der Weg zur Praxis oftmals bereits heute eine Hürde dar. Wir wollen deshalb zudem Mobilitätskonzepte vorantreiben, die Menschen in unterversorgten Regionen den hausärztlichen Besuch ermöglichen, z.B. durch Einführung von Bedarfsverkehren dort, wo Patient*innen Schwierigkeiten haben eine Praxis zu erreichen.

Die Ergebnisse der Enquetekommission des Landtags zur Sicherung der medizinischen Versorgung berücksichtigen wir bei unserem Engagement für eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung in den ländlichen Räumen. Wir wollen keinen Profit mit der Gesundheit der Menschen machen. Wir setzen uns für kommunale Krankenhäuser, wo nötig für eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern für eine gute wohnortnahe Krankenhausversorgung ein. Gesundheit ist keine Ware. Das Fallpauschalensystem zur Krankenhausfinanzierung muss grundlegend reformiert

werden. Die Kosten, die den Krankenhäusern bei der Behandlung von Kranken entstehen, müssen refinanziert werden.

19. Gute Pflege: Wir helfen der Pflege auf dem Land

In der Pflege besteht ein Fachkräftemangel. Ambulante und stationäre Anbieter*innen erhalten oftmals keine geeigneten Bewerbungen auf offene Stellen mehr. Das Problem stellt sich im ländlichen Raum besonders deutlich dar. Gute Pflege darf aber nicht vom Wohnort abhängen. Wir wollen deshalb die Pflegeleistungen in ländlichen Räumen stärken und stellen dafür finanzielle Unterstützung bereit. Geprüft werden soll auch die Einführung eines Flächenfaktors, um weitere Wege in den ländlichen Räumen auszugleichen und die Pflege auch in den ländlichen Räumen aufrechtzuerhalten.

Bessere Pflegeangebote sind sehr wichtig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nur wer die Versorgung seiner pflegebedürftigen Angehörigen organisieren kann, kann sich auch zugleich auf seine Arbeit konzentrieren. Das wollen wir auch im ländlichen Raum durch eine weitreichende Versorgung mit guter Qualität sicherstellen. Wir unterstützen innovative Projekte, die das gewährleisten.

20. Gut zusammen wohnen: Wir schaffen ein Wohnungsbauförderprogramm für bezahlbares Mehrgenerationenwohnen und Inklusion

In einer Gesellschaft, die zunehmend durch Vereinzelung geprägt ist, kommt es darauf an, alle Formen des gemeinschaftlichen Lebens zu unterstützen – und das fängt beim Wohnen an. Wir wollen wieder verstärkt bezahlbaren Wohnraum in öffentlicher Hand schaffen. Die Kommunen allein das nicht gewährleisten. Es muss eine Kehrtwende eingeleitet werden, denn Wohnraum ist ein Sozialgut und nicht nur ein Wirtschaftsgut. Vor diesem Hintergrund ist die Gründung einer Landeswohnungsbau-Gesellschaft zur Schaffung von mehr Wohnungen in öffentlicher Hand ein richtiger und wichtiger Schritt. Wir wollen deshalb in der Förderpraxis bei Dorfentwicklung und Städtebauförderung einen neuen Schwerpunkt setzen. Wir fordern ein Wohnungsbauförderprogramm speziell für die ländlichen Räume, das An-, Um- und Neubauten unterstützt und auch den Rückbau ermöglicht. Diese Maßnahmen sollen generationsübergreifendes und/oder barrierefreies, inklusives Wohnen unterstützen. In den demografisch bedingt schrumpfenden ländlichen Regionen erfordert der Umbau des Wohnungsbestandes dabei eine Koordination des Aufbaus neuer oder der Sanierung bestehender Wohnungen bei gleichzeitigem Rückbau nicht mehr genutzter bestehender Wohnungen. Dahinter steckt mehr als nur eine baupolitische Herausforderung: Zum einen basieren individuelle Konzepte der Alterssicherung auf der Nutzung bestehender, aber am Markt mittlerweile nicht mehr nachgefragter Wohnobjekte. Zum anderen sind die Bedarfe für energetische Sanierung gerade im Bestand so hoch, dass oftmals der Neubau wirtschaftlich rentabler ist als die Sanierung des bestehenden Objekts. Im Hinblick auf das langfristige Funktionieren des Wohnungs- und Immobilienmarktes in ländlichen Räumen ist aber der Neubau nur dann wirtschaftlich tragfähig, wenn zugleich das Angebot an nicht mehr marktgängigen Objekten rückgebaut wird.

Mit veränderten Ansprüchen an Wohnen auf dem Land müssen auch die dafür erforderlichen Dienstleistungen bereitstehen. Leitbild für die Entwicklung ländlicher Räume ist für uns der inklusive Sozialraum. Er berücksichtigt die Möglichkeiten des barrierefreien, selbstbestimmten Wohnens durch Zugänglichkeit zu allen notwendigen Infrastrukturen und Unterstützungsleistungen im passgenauen Zuschnitt jeder ländlichen Kommune. Dabei wollen wir bisherige Angebote und künftig benötigte

Strukturen so bündeln, dass sie einfach zu nutzen sind und für die Betroffenen aus einer Hand geleistet werden. Dazu gehören entsprechende z.B. Projekte von Wohnungsbaugenossenschaften oder kombinierte Wohn- und Pflegeeinrichtungen, Dorfgemeinschaftswohnhäuser und inklusive Wohnprojekte. Hierfür wollen wir das Heimgesetz ändern, um gemischte Wohnformen zu stärken, die diesen Ansprüchen entsprechen. Wir setzen uns ebenfalls für die Schaffung von kostengünstigem Wohnraum für Auszubildende, Freiwilligendienstleistende, Studierende und junge Familien ein.

21. Die ländlichen Räume gebündelt fördern: Wir schaffen ein Programm „Soziales Land“

Wir wollen ein Programm „Soziales Land“ auflegen – damit sollen Bund und Land die Weiterentwicklung und den Erhalt ländlicher Lebensräume fördern. Im Fokus stehen dabei die Stabilisierung und Aufwertung von Gemeinden und -verbänden, die infrastrukturell, baulich wirtschaftlich und sozial benachteiligt sowie strukturschwach sind. Investitionen in das Wohnumfeld, in die Infrastrukturausstattung und in die Qualität des Wohnens in Verbindung mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen sorgen hierbei für mehr Generationengerechtigkeit sowie Familienfreundlichkeit in ländlichen Quartieren und verbessern die Chancen auf Teilhabe und Integration. Unser Ziel ist es, vor allem lebendige Nachbarschaften zu befördern, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die soziale Daseinsvorsorge zu sichern. Das Programm soll im Rahmen der ländlichen Infrastrukturförderung als Leitprogramm der sozialen Integration eingeführt und die Grundlage für eine ressortübergreifende Strategie „Soziales Land“ bilden.

Leerstand ist das sichtbarste Zeichen, wenn Kommunen in ländlichen Räumen zu veröden drohen. Dem wollen wir entgegenwirken, indem wir die Innenentwicklung fördern – hierbei streben wir die landesweite Verbreitung des Programms „Jung kauft alt“ an. Und dort, wo neu gebaut wird, setzen wir auf freie Entfaltung: Neben Wohngebieten mit einheitlicher Baustruktur wollen wir im Rahmen der kommunalen Planungshoheit für ausgewiesene Bereiche eine zu starre Reglementierung von Äußerlichkeiten und Rahmenbedingungen für Neu- und Umbauten aufheben, um neue Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen und den Flächenverbrauch gering zu halten.

22. Inklusion konkret: Wir bringen die Handelnden zusammen

Die Kommunen in Niedersachsen wollen wir ermuntern, sich an guten Beispielen und vorhandenen Modellen zur Umgestaltung kommunaler Räume und Sozialberatung zu orientieren. So stützt sich der „kommunale Index für Inklusion“ auf Fragenkataloge, die den Dialog anregen, alle Interessengruppen aktiv einbeziehen und Potenziale für Verbesserung von örtlichen Strukturen aufzeigen. Wir wollen Kommunen bei der Umgestaltung der Quartiere in inklusive Sozialräume unterstützen – dazu muss die regionale Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger*innen einschließlich der Träger der Sozialhilfe neu geregelt werden, zum Beispiel über die verpflichtende Bildung von regionalen Arbeitsgemeinschaften der Rehabilitationsträger*innen. Sie sollen vor allem gemeinsame Regeln zur Bedarfsfeststellung und zur Prävention von Hilfebedürftigkeit schaffen. Wichtig sind regional bedarfsgerechte Versorgungsangebote. Der Zugang durch die Erstberatung muss gesichert und gesteuert werden. Das Konzept des barrierefreien, inklusiven Wohnens soll mit inklusiven Arbeitsplatzangeboten verbunden werden. Klein- und Mittelunternehmen (KMU) müssen vor Ort beraten werden können, um Bündnisse und Kooperationen für inklusive Arbeitsplätze und -umgebungen schließen zu können.

23. Da geht noch einiges: Wir schaffen beste Kinder- und Jugendbeteiligung

Während die Kinder- und Jugendlichen in Ballungszentren Jugendräume und -zentren einfach erreichen können, bilden sich in ländlichen Räumen häufig informelle Treffpunkte in der öffentlichen bzw. naturnahen Umgebung. Dies verlangt ein besonderes Verständnis von Jugendarbeit, die vor allem aufsuchend sein muss. Die klassische Trennung zwischen Jugendhilfe und -pflege verschwindet dabei, aufsuchende Arbeit – d.h. Streetwork – ist viel stärker gefragt. Die lokalen Jugendorganisationen sollen von der Verwaltung über relevante Themen ihrer Interessengruppe betreffend z.B. die Landjugend bei Dorfentwicklungsprojekten, Kreisjugendsportbund bei Sportplatzsanierungen oder Fridays for Future bei Klimaschutzfragen persönlich informiert werden. Außerdem sollte jede Gemeinde ein Vereins- und Jugendorganisations-Register führen und pflegen, welches die Ansprechpartner*innen der Organisationen für alle Bürger*innen öffentlich zugänglich macht. Dies verursacht einen höheren Personalaufwand für die betroffenen Kommunen. Deshalb sollten finanzielle Ausgleichs für den höheren Aufwand geprüft werden. Besonders wichtig ist uns die Unterstützung der zahlreichen Jugendangebote von Feuerwehren und Hilfsorganisationen, Kirchen, Sport- und Kulturvereinen, Sozialverbänden und Umweltinitiativen sowie natürlich der politischen Jugendorganisationen. Hier werden junge Menschen an Gemeinschaft und Solidarität herangeführt – und auch befähigt, selbst Verantwortung für andere zu übernehmen. Deshalb wollen wir insbesondere die Verbreitung von Programmen wie „Juleica“ weiter unterstützen.

24. Unmittelbare Mitwirkung und Gemeindekonferenzen: Wir schaffen Bürger*innenbeteiligung für alle Teile der Gesellschaft

Vor Ort wollen wir neue und flexible Wege bei Bürger*innenbeteiligungsprojekten unterstützen, z. B. mit Gemeindekonferenzen, die systematisch in ländlichen Räumen durchgeführt werden. Das kann die Arbeit in Räten und Fachausschüssen nicht ersetzen, sondern ergänzen. Zudem sollen kommunale Gremien Beratungsmöglichkeiten erhalten, um Bürger*innen miteinzubeziehen, die bisher nicht für ihre Interessen eingetreten sind oder aufgrund von Beeinträchtigungen bei der politischen Teilhabe ausgegrenzt waren. Dabei ist es wichtig, dass strukturelle Entwicklungen entlang von gemeinsamen Interessen – „von unten“ – entwickelt werden (z.B. durch die Idee des „Community Organizing“). Die dabei entwickelten Ideen sollen kommunenübergreifend verfügbar gemacht werden.

25. Wir sind landauf landab solidarisch mit Geflüchteten

Krisen und Kriege weltweit sorgen dafür, dass immer mehr Menschen dazu genötigt sind, zu flüchten. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat uns dies im besonderen Maße vor Augen geführt. Wir setzen uns für einen ländlichen Raum ein, in dem alle Menschen gut leben können. Deshalb unterstützen wir unsere Bildungseinrichtungen darin, auch für geflüchtete Kinder die bestmögliche Bildung zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, Sprachkurse in Nord-Niedersachsen auszubauen. Auf Bundes- und Landesebene machen wir uns dafür stark, dass unsere Kommunen im Bereich der Integration und Unterbringung von Geflüchteten auch die notwendige Unterstützung halten. Gerade auf dem Land ist der gesellschaftliche Zusammenhalt stark und viele freiwillige und unbezahlte Helfer*innen arbeiten hart, um Geflüchtete hier aufzunehmen. Wir haben großen Respekt vor diesem Engagement, aber erkennen auch an, dass diese Aufgabe nicht alleine zu gewährleisten ist, sondern politische Unterstützung benötigt. Wir sehen uns der

Menschenwürde einer*s jeden Einzelnen verpflichtete und setzen uns deshalb für eine gut koordinierte und gemeinsam mit Land und Bund finanzierte Aufnahme und Integration von Geflüchteten ein. Wir stellen uns menschenfeindlichen und faschistoiden Äußerungen und Organisationen entschlossen entgegen und zeigen: Wir sind solidarisch mit allen, die flüchten müssen, egal ob aus der Ukraine oder anderen Herkunftsländern. Menschenunwürdige Behandlungen kritisieren wir scharf.

26. Ehrenamtsland Nr. 1: Wir schaffen den besten Rahmen für Engagement

Vereine und Verbände sind der Kitt in unserer Gesellschaft und tragen maßgeblich einen hohen Anteil an sozialer Integration und Sozialisation bei, von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) bis zum Zirkeltraining. Hier sollte wesentlich mehr Einsatz von Ressourcen stattfinden, weil gerade durch das Ehrenamt in Sport, Kultur, Bildung und Traditionspflege Integrations- und Inklusionsarbeit geleistet wird. Wir wollen deshalb alle Formen des Engagements fördern und unterstützen, gerade bei den nötigen Rahmenbedingungen wie Versicherungsschutz und Vereinsrecht. Ganz wichtig ist uns, dass Ehrenamt auch durch Hauptamt unterstützt werden kann, beispielsweise durch Vereinsberater*innen. Und auch dort, wo Übergänge vom Ehrenamt in den Beruf stattfinden, wollen wir diese noch stärker fördern: Kleine Beschäftigungsmöglichkeiten sollen möglich sein, außerdem halten wir die Durchführung eines „Anerkennungsjahrs im Ehrenamt“ für sinnvoll. Vereine wollen wir bei Bürokratie entlasten und gerade im gastronomischen Bereich Vereinfachungen schaffen z.B. beim Ausschank- und Steuerrecht. Die Ergebnisse der Landtagsenquete-Kommission zum Ehrenamt greifen wir auf.

27. Sicher leben, Gemeinschaft fördern: Wir schaffen beste Bedingungen für Feuerwehren und Hilfsorganisationen

Gerade die freiwilligen Feuerwehren und zahlreichen Hilfsorganisationen im Land sind nicht nur das Fundament eines flächendeckend leistungsfähigen Brand- und Katastrophenschutzes. Sie sind vor allem auch in den ländlichen Räumen Stützen des Ehrenamts, fördern die Gemeinschaft und bereichern das soziale Zusammenleben. Deshalb werden wir alles dafür tun, diese eigenständigen Strukturen zu erhalten und zukunftsfähig aufzustellen. Dazu gehören insbesondere ausreichende finanzielle Mittel für die Ausstattung und das Umfeld der Feuerwehren und Hilfsorganisationen. Gerade die Aus- und Weiterbildung von neuen Kräften wollen wir unterstützen.

28. Immer länger geöffnet: Wir schaffen faire Öffnungszeiten und „E-Government“

Vieles wird künftig über das Internet erledigt werden können, aber eben nicht alles. Der persönliche Kontakt ist durch nichts zu ersetzen. Wer lange unterwegs ist, braucht auch längere Öffnungszeiten im Heimatort. Deshalb unterstützen wir Kommunen, die ihre Bürger*innenbüros länger und am Wochenende öffnen und darüber hinaus es ermöglichen, so viele Dienstleistungen wie möglich online sowie barrierefrei zu nutzen. Wir halten die Digitalisierung für eine große Chance gerade für ländliche Räume: Indem wir die Vernetzung von Verwaltungen und Institutionen fördern, ermöglichen wir den Bürger*innen, zeit- und ortsunabhängig Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Dabei kommen klassische Verwaltungssachen in Betracht (E-Government), aber auch der Kontakt zu ärztlicher und pflegerischer Versorgung und weiteren Hilfsangeboten. Zudem können ehrenamtliche Arbeit, öffentlicher Personennahverkehr und vieles mehr mithilfe von netzbasierten Plattformen besser organisiert werden.

29. Förderung dort, wo sie gebraucht wird: Wir schaffen gleichwertige Lebensverhältnisse

Wir wollen sicherstellen, dass ländliche Räume nicht abgehängt werden – unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land. Dazu setzen wir auf eine passgenaue, auf die jeweiligen Verhältnisse abgestimmte Regionalentwicklung und Förderstrategie sowie die nutzer*innenfreundliche Kombination verschiedener EU-Fonds in sogenannten „Multi-Fonds-Programmen“. Wir werden die Ämter für regionale Landesentwicklung weiter ausbauen, damit sie noch wirksamer zu gleichwertigen Lebensverhältnissen beitragen können. Wir setzen uns ein für eine nachhaltige Förderung der ländlichen Entwicklung über den ELER-Fonds (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) und den weiteren Ausbau erfolgreicher Projekte wie die LEADER-Regionen (Französisch für Verbindung von Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft). Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK; Sonderrahmenplan Förderung der Ländlichen Entwicklung) darf nicht mehr dem Jährlichkeitsprinzip unterliegen. Hierfür setzen wir uns auf Bundesebene ein und haben mit dafür gesorgt, dass sich dies auch im Arbeitsprogramm der neuen Bundesregierung findet.

Kleine und mittlere Zentren sind Flächenland Niedersachsen wichtige Anker für die umliegenden Gebiete. Während die ländlich geprägten Gemeinden ohne ein solches Zentrum aber Projektförderung aus dem Landwirtschaftsfonds beantragen können, bestand lange keine vergleichbare Finanzierungsmöglichkeit für Zentren ab 10.000 Einwohner*innen – auch dann nicht, wenn sie Versorgungsfunktionen in ländlichen Räumen wahrnehmen. Deshalb haben wir seit 2019 mit dem erfolgreichen Programm „Zukunftsräume“ diese Förderlücke punktuell geschlossen. Wir werden die Zukunftsräume weiter ausbauen. Wir wollen mit dem EU-geförderten Programm „Zukunftsregionen“ bis 2027 landesweit und flächendeckend Kooperationen bei innovativen Themen über Kreisgrenzen hinweg fördern und die Digitalisierung als wichtigen Baustein für mehr Chancengleichheit z. B. mit dem Projekt „Digitale Dörfer“, einer nicht-kommerziellen lokalen Digitalplattform für Kommunikation und Austausch im Dorf voranbringen. In Niedersachsen haben wir für die ländliche Entwicklung bereits viel erreicht: Noch nie gab es so viele LEADER-Regionen, um ländliche Räume gezielt mit EU-Fördermitteln zu entwickeln. Insgesamt ist die Förderkulisse für die ländlichen Räume massiv ausgeweitet worden. Zusätzlich haben wir parallel das Budget der LEADER-Regionen erhöht und die Fördermöglichkeiten daraus generell verbessert. Diesen Weg werden wir weiter vorangehen.

30. Weltoffen und traditionsbewusst: Unsere Heimat, unsere internationalen Partnerschaften und den Austausch weiterentwickeln

Miteinander auf dem Land in Nord-Niedersachsens leben, sich engagieren, feiern, weltoffen sein, Traditionen pflegen und wo nötig auch mal Konflikte lösen: Einander begegnen schafft Gemeinschaft und Heimat. Es gibt uns Rückhalt, um die Chancen zu nutzen, die uns Europa und die globalisierte Welt bieten. Deswegen geht es uns darum, neue und alte Landbürger*innen zusammenzubringen – egal ob die neuen Landbürger*innen gerade aus der nächsten Großstadt hinzugezogen sind oder aus Angst um Leib und Leben in Deutschland Schutz suchen. Menschen zusammenbringen, davon haben alle etwas: Diejenigen, die seit Jahrzehnten hier leben und Traditionen oder auch öffentliche Einrichtungen aufrechterhalten wollen, und diejenigen, die in unserer Region ein neues Zuhause suchen und nicht nur ein Dach über dem Kopf.

Alles, was wir für die ländlichen Räume Niedersachsens schon erreicht haben und noch erreichen wollen, könnte durch Krieg gefährdet werden. Das haben uns nicht zuletzt die vergangenen Monate seit der Zeitenwende durch Putins brutalen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine vor Augen geführt. In diesen Zeiten setzen wir erst recht auf die Weiterentwicklung unserer kommunalen Partnerschaften mit anderen Kommunen dieser Welt und ermutigen dazu, neue Partnerschaften mit ukrainischen Kommunen aufzubauen. Insbesondere für Jugend- und Schüler*innenaustauschmaßnahmen setzen wir uns ein. Gemeinsam mit der jungen Generation wollen wir die europäische Einigung und auch darüber hinaus die Völkerverständigung in unserer einen Welt zukunftsfest machen. Denn es gilt, was uns schon Willy Brandt mit auf den Weg gegeben hat: „Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts“

Einstimmige Annahme